Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 63 (1984)

Heft: 2

Artikel: Was SP-Frauen darüber denken : austreten? : Ja waren wir denn je

drin?

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340104

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rat zurückzieht. Der bisherige und der von Bürgertums Gnaden gewählte Bundesrat hätten zurückzutreten. Vor allem aber hätten die Gewerkschaften und die Partei jede Mitwirkung an der Ausarbeitung von Kompromissen in den vorparlamentarischen Expertenkommissionen, in den Vernehmlassungen und in der Bundesversammlung aufzusagen. Die Erlasse der bürgerlichen Mehrheit der Bundesversammlung wären dann in Referendumskämpfen zu Fall zu bringen, solange bis die Einsicht bei den übermütigen Kraftmeiern des Freisinns und der SVP einziehen würde, dass ohne die Arbeiterbewegung, deren Autonomie respektiert werden muss, das Land nicht regiert werden kann. Vor hundert Jahren hat die katholische Minderheit in der Eidgenossenschaft mit ähnlicher Methode die Alleinherrschaft des Freisinns gebrochen.

Solche Strategie setzt selbstverständlich solidarische Geschlossenheit der schweizerischen Arbeiterbewegung, d.h. von Partei und Gewerkschaften, voraus. Angesichts der derzeitigen Haltung der Arbeitgeber, deren Kurs im gleichen Sinne steuert wie jener des Freisinns, drängt sich doch wohl auch für die Arbeitnehmerorganisationen eine harte Haltung zur Verteidigung der Positionen der Arbeiterschaft auf.

Ein Beschluss des Parteitages zu Beginn des nächsten Jahres auf Rückzug aus der Beteiligung am Bundesrat wäre zwar ein Donnerschlag, der indessen bald ergebnislos verhallen würde, wenn nicht eine Strategie zur Rückkehr in die Regierung unter anderen Bedingungen befolgt würde.

Aus dem «Volksrecht»

Was SP-Frauen darüber denken

Austreten? — Ja waren wir denn je drin?

Vom Redaktionskollektiv des «Roten Heftli»

Vor dem schwarzen Mittwoch war viel die Rede von der Frauenfreundlichkeit der SPS, von ihrer Vorurteilslosigkeit und davon, dass diese Partei diejenige sei, die allgemein den Frauen am meisten Platz einräume. Lilian Uchtenhagen galt als lebender Beweis für diese löbliche Haltung, und dies nicht ganz zu Unrecht. Denn es genügt für eine Frau bekanntlich nicht, alle für ein wichtiges Amt erforderlichen Bedingungen mehr als hundertprozentig zu erfüllen: zum Erfolg braucht sie ein von Männern aufgedrücktes Gütesiegel. Diese Lilian Uchtenhagen erhielt schliesslich von der gesamten Partei. Als dann die bürgerliche Mehrheit im Parlament klar zeigte, dass sie sich weder von den Fähigkeiten einer Frau Uchtenhagen noch von den Erwartungen einer Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung und von «Säcken voll Postkarten» beeindrucken lasse, sprach man noch einige Tage lang von einer Ohrfeige an die Frauen. Aber in der Partei hat sich dies

erstaunlich rasch gelegt. Sollte es denkbar sein, dass die SPS ihre Frauenfreundlichkeit nur dann aus der Schublade zieht. wenn Wahlen im Anzug sind?

Was die Bundesratsbeteiligung uns heute gebracht hat

Zum Beispiel in Sachen Mutterschutz.

Seit 1945 enthält die Bundesverfassung eine Bestimmung betreffend Einführung der Mutterschaftsversicherung. Obwohl wir eines der reichsten Länder der Welt sind, hat es auch während der Zeit der Hochkoniunktur der schweizerische Gesetzgeber nicht fertiggebracht, eine umfassende und befriedigende Regelung einzuführen. Heute bilden wir in Europa immer noch das Schlusslicht in Sachen Mutterschaftsversicherung — wie in vielen anderen Gebieten auch.

Es bedurfte einer aus Frauenkreisen stammenden Volksinitiative, damit 1980 das Thema wieder aufgegriffen wurde. Der Bundesrat empfiehlt Nicht-Annahme der Initiative. Und natürlich folgte ihm die Mehrheit der Bundesversammlung in dieser Ansicht. Dieses Jahr wird das Volk über die Initiative abzustimmen haben.

 Zum Beispiel in Sachen Fristenlösung.

Soziale Wirklichkeit und Gesetz klaffen in der Schweiz auseinander. Zehntausende von Fraujährlich müssen Schwangerschaft abbrechen, und tun dies nicht zum Vergnügen. Laut Strafgesetz sind die meisten dieser Unterbrüche illegal. Das Gesetz wird also heute de facto umgangen, aber nicht ohne seelisches Leid und Ungerechtigkeit zu verursachen und die Profitgier gewisser Ärzte sowie kriminelle Handlungen zu fördern. Das Fazit ist für Frauen leicht zu ziehen: uns hat die Beteiligung im Bundesrat nichts gebracht. Hat sie den Männern viel mehr gebracht, als die Illusion, an der Macht beteiligt zu

sein? Natürlich, in den Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs fielen auch für die Sozis Brosamen vom reichlich gedeckten Tisch, es gab ja von Allem mehr als genug. Nun, da der Wind etwas rauher weht, wandern auch diese Brosamen in den Schlund der Reichen.

Was uns der Weg in die Opposition bringen könnte

Während sich heute viele SP-Frauen fragen, ob sie gleich aus der Partei austreten oder ob sie noch den Parteitag von Anfang Februar abwarten sollen, würden wahrscheinlich - sollte die SPS den mutigen Schritt wagen - sehr viele Frauen neu der Partei beitreten. Gerade Frauen haben ein grosses Misstrauen gegenüber der traditionellen Parteipolitik, sie verstehen die scheinbare Kompromissfreudigkeit der SPS nicht. Die sogenannte Hintergrundarbeit per definitionem nicht sichtbar. daher muss es ihnen so vorkommen, als verträte die SPS die gleichen Positionen wie die bürgerlichen Parteien. Für feministische und andere Anliegen engagierte Frauen würden einer SPS eher Vertrauen schenken, die klar und eindeutig Stellung nehmen kann und darf.

Zwar identifizieren sich die SP-Frauen seit eh und je mit den Zielen der feministischen Bewegung, sie haben oft auch aktiv an deren Initiativen teilgenommen (siehe gleiche Rechte, Mutterschutz, Fristenlösung). In vielen Fällen befanden sie sich jedoch in der misslichen Lage, «politischen Realismus» predigen, Kompromisse vorschlagen zu müsen. Denn sie sind Teil der SPS, die ihrerseits Geisel der Konkordanzpolitik ist.

Wenn wir nicht durch die Konkordanzpolitik gebunden wären, könnten wir uns glaubwürdiger mit jenen Bewegungen solidarisieren, die heute Bürgerinnen und Bürger für bestimmte Ziele mobilisieren, welche programmatisch auch Ziele der SPS sind (Umweltschutz, Pazifismus, Solidarität mit der dritten Welt, Feminismus). Für uns SP-Frauen wäre der Schritt in die Opposition auch ein klares Bekenntnis der Partei zu den erwähnten Zielen, vorab zum feministischen Sozialismus.

Die Zeit für einen mutigen Schritt ist gekommen. Vergessen wir nicht, dass eine Partei auch nur aus Menschen besteht. Und dass sie mit dem Engagement aller ihrer Mitglieder steht und fällt. Wir müssen uns als Partei entscheiden, ob wir den engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegenüber noch mehr an Glaubwürdigkeit einbüssen wollen oder ob wir — auch in ihrem Interesse — den steinigeren Weg wählen.

Das Buch zur aktuellen Debatte

Zauberformel: Fauler Zauber?

Die Schwachstellen der Konkordanzdemokratie

Die letzte Bundesratswahl hat — für viele überraschend — eine der wichtigsten innenpolitischen Debatten ausgelöst. Die schweizerische Öffentlichkeit ist aber kaum auf Entscheidungen von solcher Tragweite vorbereitet, denn noch vor kurzem wurde der Gedanke, die SP könnte aus der Landesregierung ausscheiden, weitherum als völlig unrealistisch betrachtet. Inzwischen haben zwar die Medien einige Elemente zur Meinungsbildung geliefert. Nur Eingeweihte wissen aber, dass in den verschiedensten Kreisen schon seit Jahren über die Schwachstellen der Konkordanzdemokratie diskutiert wird. Die jetzige Debatte bietet Gelegenheit, einige wichtige Aspekte dieser Kritik, die bisher vor allem in politologischen Fach- und politischen Insider-Kreisen bekannt waren, einem breitern Publikum zugänglich zu machen.

Nach der Wahl vom 7. Dezember haben sich *Ruedi Brassel, Bernard Degen, Andreas Gross* und *Jakob Tanner* zusammengesetzt und sich über die Mög-

lichkeiten zur Publikation dieser Kritiken unterhalten. Sie haben sich entschlossen, einige bekannte Autoren um Beiträge anzugehen, um diese in einem Buch zusammenzufassen. So sind 14 Beiträge, drei Interviews sowie eine Dokumentation zustande gekommen, die soeben unter dem Titel «Zauberformel: Fauler Zauber?» im Basler Z-Verlag erschienen sind. Die Autoren hoffen, mithelfen zu können, die durch die Medien stark personalisierte Diskussion auf eine grundsätzlichere Ebene zu heben und eine vertiefte Meinungsbildung anzuregen. Entsprechend dem breiten Interesse an der Frage ist das Buch weder vom Herausgeberkollektiv noch von den Autoren nur auf die SP ausgerichtet, obwohl diese natürlich in verschiedener Hinsicht prägend wirkte.

Die beiden Beiträge von Bernard Degen und Jakob Tanner versuchen das schweizerische Konkordanzmodell auf dem Hintergrund ausländischer Erfahrungen und Entwicklungen zu beurteilen. Bernard Degen